

Großmacht USA im 20. Jahrhundert (Best. Nr. 4541)

Die Themen:

- Außen- und Weltpolitik der USA im 20. Jahrhundert
- weltpolitischer Aufstieg der USA im 1. Weltkrieg
- die Rolle der USA bis 1945
- die Zeit des Kalten Krieges (einschließlich des Vietnamkrieges)
- die Zeit nach dem Kalten Krieg
- die Terroranschläge des 11. September 2001
- der Krieg in Afghanistan
- der Krieg im Irak

Autor und Verlag wünschen viel Freude bei der Arbeit mit diesem Schulbuchmodul.

Gesamtdatei

062_USA.ges [Gesamtdatei - Sämtliche Dateien in Folge](#)

Die Einzeldateien

1. Die USA im Überblick

001_Vorwort.did [Vorwort - Amerika - Terra Incognita](#)

002_Chrono.que [Quellen - Zeittafel USA](#)

2. Die USA im Zeitalter des Imperialismus

003_Imperia.fol [Folie - Der Imperialismus 1880-1914](#)

004_Imperial.arb [Arbeitsblatt - Der imperialistische Wettlauf](#)

005_Imperial.fol [Folie - Der imperialistische Wettlauf](#)

006_Roosevel.que [Quellen - Präsident Theodore Roosevelt](#)

3. Die USA im 1. Weltkrieg

007_Weltkr1.fol [Folie - USA und 1. Weltkrieg](#)

008_Weltkr1.que [Quellen - Amerikanische Neutralität bis 1917](#)

009_Wilson.que [Präsident Wilson und die USA 1917-18](#)

4. Die USA bis 1945

010_Wirtkris.fol [Folie - Weltwirtschaftskrise 1929](#)

011_FDR.que [Quellen - Außenpolitik von F.D. Roosevelt](#)

012_Atlantik.que [Quellen - Atlantik-Charta](#)

013_Allkonf.arb [Arbeitsblatt - Alliierte Konferenzen](#)

014_Allkonf.fol [Folie - Alliierte Konferenzen 2. Weltkrieg](#)

015_Jalta.que [Quellen - Konferenz von Jalta](#)

016_Vernatio.que [Quellen - Charta der Vereinten Nationen](#)

017_Unochart.fol [Folie - Die UNO-Charta 26. Juni 1945](#)

018_Deutschl.que [Quellen - Die Deutschland-Politik nach 1945](#)

019_Deutpol.arb [Arbeitsblatt - Deutschlandpolitik der USA](#)

020_Deutpol.fol [Folie - Amerikanische Deutschlandpolitik](#)

021_Wende.arb [Arbeitsblatt - Deutschlandpolitik der UdSSR](#)

022_Wende.fol [Folie - Sowjetische Deutschlandpolitik](#)

023_Marshall.que [Quellen - Der Marshall-Plan](#)

5. Die USA im Kalten Krieg

024_Berlin.que [Quellen - Berlin-Blockade 1948](#)

025_NATO.que [Quellen - Die NATO](#)

026_Sowdeupo.arb [Arbeitsblatt - Deutschlandpolitik der UdSSR](#)

027_Sowdeupo.fol [Folie - Sowjetische Deutschlandpolitik](#)

028_Kalter.que [Quellen - Der Kalte Krieg 1945 bis 1985](#)

029_Kalkrieg.arb [Arbeitsblatt - Der Kalte Krieg 1945 bis 1985](#)

030_Kalkrieg.fol [Folie - Der Kalte Krieg 1945 bis 1985](#)

031_Korea.que [Quellen - Der Korea-Krieg 1950-1953](#)

032_Truman.que [Quellen - Außenpolitik von Präsident Truman](#)

033_Kennedy.que [Quellen - Reden von John F. Kennedy](#)

6. Die USA im Vietnamkrieg

034_Vietnam.fol [Folie - US-Engagement in Vietnam](#)

035_Vietnam.que [Quellen - Der Vietnam-Krieg](#)

036_Vietkrie.arb [Arbeitsblatt - Der Vietnamkrieg 1960-1975](#)

037_Vietkrie.fol [Folie - Der Vietnamkrieg 1960-1975](#)

038_Bush.que [Quellen - Amerikas Rolle in der Welt 1992](#)

039_Clinton.que [Quellen - Amerikas Rolle in der Welt 1998](#)

7. Die Terroranschläge des 11. September 2001

040_Anschl.hin [Hinführung - 11. September](#)

041_Anschl.arb [Arbeitsblatt - 11. September](#)

042_Anschl.loe [Lösungsblatt - 11. September](#)

043_Anschl.fol [Folie - Wandel der US-Politik](#)

044_Anschl.lzk [Lernzielkontrolle - 11. September](#)

045_Anschl.lzl [Lösung zur Lernzielkontrolle](#)

046_Anschl.int [Weiterführende Internetlinks](#)

8. Der Krieg in Afghanistan

047_Afghan.hin [Hinführung - Der Krieg in Afghanistan](#)

048_Afghan.arb [Arbeitsblatt - Der Krieg in Afghanistan](#)

049_Afghan.loe [Lösungsblatt - Der Krieg in Afghanistan](#)

050_Afghan.fol [Folie - Ablauf des Krieges](#)

051_Afghan.lzk [Lernzielkontrolle - Der Krieg in Afghanistan](#)

052_Afghan.lzl [Lösung zur Lernzielkontrolle](#)

053_Afghan.int [Weiterführende Internetlinks](#)

9. Der Krieg im Irak

054_Irak.hin [Hinführung - Der Krieg im Irak](#)

055_Irak.arb [Arbeitsblatt - Der Krieg im Irak](#)

056_Irak.loe [Lösungsblatt - Der Krieg im Irak](#)

057_Irak.fol [Folie - Gründe für den Zweiten Golfkrieg](#)

058_Irak.lzk [Lernzielkontrolle - Der Krieg im Irak](#)

059_Irak.lzl [Lösung zur Lernzielkontrolle](#)

060_Irak.int [Weiterführende Internetlinks](#)

061_Litera.que [Weiterführende Literatur](#)

Die dreistelligen Buchstabenkombinationen am Ende der Kurz-Dateinamen bedeuten:

- *.arb = Arbeitsblatt
- *.loe = Lösungsblatt
- *.fol = Folie
- *.que = Textdatei mit Quellen und Aufgaben
- *.hin = Hinführung
- *.lzk = Lernzielkontrolle
- *.lzl = Lösung zur Lernzielkontrolle
- *.ges = Gesamtdatei
- *.int = Weiterführende Internetlinks
- *.did = Hinweise für den Lehrer



Statt eines Vorworts ... Amerika - Terra Incognita

Deutsche Professoren für US-Geschichte schlagen Alarm

Prof. Reinhard R. Doerries - Erlangen - in der ZEIT, 19.5.1989:

Es kann keinen Zweifel geben, dass die Zahl der Deutschen, die Amerika jedes Jahr besuchen, ständig wächst. Von Pearl Harbor bis Monterey stößt man auf sie. Miami und Oahu sind ihnen so geläufig wie vor einigen Jahren der Strand von Iesolo und die Costa Brava. Im übrigen, abgesehen von einigen fast schon wieder vergessenen Differenzen über den Handel mit Fleisch und Kaffee, blühen die Wirtschaftsbeziehungen, und gerade die Deutschen haben im Monopoly des amerikanischen Akquisitionsgeschäfts in den letzten Jahren kräftig mitgespielt und sind dabei nicht schlecht gefahren.



(<http://www.skole.trondheim.kommune.no/> 10.12.10)

Was also sollen die schrillen Töne deutscher Historiker, die von der allgemeinen Harmonie nichts gemerkt zu haben scheinen? Zwölf von ihnen benahmen sich kürzlich geradezu unstandesgemäß und wandten sich an die Öffentlichkeit außerhalb der Universitäten. In einem weit verbreiteten Memorandum behaupten diese Historiker, dass "die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika an den Hochschulen der Bundesrepublik in gefährlicher Weise vernachlässigt werde. Unmissverständlich weisen sie darauf hin, dass seit 1949 weniger als zwei Prozent aller Geschichtslehrveranstaltungen an deutschen Hochschulen etwas mit amerikanischer Geschichte zu tun gehabt hätten und dass es überhaupt nur an jeder neunten Universität möglich sei, amerikanische Geschichte zu hören. Streichungen und Umwidmungen von Stellen seien zusätzlich Bedrohungen für ein Fach, in dem selbst hoch qualifizierte Nachwuchskräfte schon jetzt keine Aussicht auf ein Weiterkommen hätten.

Stellengerangel und unziemliches Selbstmitleid einer Exotengruppe? Exoten vielleicht, wenn damit ihre Rarität gemeint ist. Es gibt nämlich in unserer Republik nur einen vollen Lehrstuhl für Amerikanische Geschichte, ein Unikat sozusagen, und, was die Historiker in ihrem Memorandum taktvoll verschwiegen, im Vergleich zu den zahlreichen Lehrstühlen für Ostgeschichte ist die Amerikanische Geschichte tatsächlich eine aussterbende Gattung. Neben einer winzigen Gruppe von C-3-Professoren mühen sich an anderen Hochschulen Wissenschaftler um die amerikanische Geschichte, deren Positionsbeschreibungen ganz andere Inhalte haben. Eine Reihe von deutschen Universitäten, an denen die entlegenste Partikulargeschichte eines Landstriches wie selbstverständlich zum Lehrangebot gehört, kennt die Geschichte der USA überhaupt nicht. Weil das Hochschulwesen in den Bereich der Länderhoheit gehört, tun sich sogar Bonner Politiker schwer, die dem anhaltenden Missstand entgegenarbeiten möchten. Auf Landesebene und an den Hochschulen dagegen ist beim harten Schlagabtausch um die knappen Mittel nicht zu erwarten, dass ein Fach, das nicht vertreten ist, auf die Unterstützung seitens der durch Überfüllung bedrängten anderen Wissenschaften rechnen kann. Sollte dieser Ist-Zustand erhalten bleiben, dann wird sich an der katastrophalen Lage der amerikanischen Geschichte an deutschen Universitäten wenig ändern.

Dieses deprimierende Fazit war es, das die zwölf Historiker an die Öffentlichkeit getrieben hat. Sie sind sich sicher, dass "ideelle, wirtschaftliche und sicherheits-politische Gemeinsamkeiten" der beiden Staaten nicht genügen, "um das deutsch-amerikanische Verhältnis als einen Grundpfeiler der transatlantischen Gemeinschaft auch in Krisenzeiten intakt zu halten." Historiker sind sich der fahrlässigen Fehleinschätzung der Vereinigten Staaten durch deutsche Staatsmänner und Politiker, zweimal schon in diesem Jahrhundert, besonders bewusst, und sie wissen um die ungeheuerlichen Folgen dieser Fehleinschätzung für die Menschheit. Man muss nicht über Kontinuitätsthesen streiten, um zu erkennen, dass Unkenntnis der USA in den Entscheidungen von Wilhelm II. und Hitler eine tragische Rolle gespielt hat. Das Andauern dieser Unkenntnis über Ursprünge und Inhalte amerikanischer Politik und Kultur und der Umstand, dass diese Ignoranz stets durch alle Parteien gegangen ist, geben zu denken und mögen den Aufschrei der Historiker mit ausgelöst haben.

Wenn wir glauben, dass ein Verstehen der anderen und ein Wissen um ihre Geschichte und Kultur wichtig sind - die große Zahl der Professuren für deutsche Geschichte in den USA ist für uns beschämend -, dann muss auch die Geschichte des amerikanischen Volkes einen Platz an deutschen Universitäten erhalten. Es ist schon spät für die Entscheidung.

VORSCHAU



USA: Zeittafel

Die Kolonialzeit

1607	Gründung von Jamestown (Virginia)
1608	Quebec, erste französische Siedlung gegründet
1612	Nieuw Amsterdam (seit 1664: New York) gegründet
1620	Landung der Pilgerväter mit der "Mayflower" an der Atlantikküste (bei Plymouth)
1640	Ca. 25.000 Siedler in den neuen Kolonien
1682	Franz. Kolonie "Louisiana"
1683	William Penn begründet Philadelphia
1683	"Germantown" in Pennsylvania: erste deutsche Siedlung
1733	Georgia: die letzte der dreizehn Kolonien gegründet
1756-63	Der Siebenjährige Krieg in Europa, als "French and Indian War" in Nordamerika: Kolonialkrieg zwischen England und Frankreich. Friede von Paris: England gewinnt Kanada, Louisiana und Florida. Nordamerika wird angelsächsisch.



Nachbildung der Mayflower: Mayflower II in Plymouth
(<http://de.academic.ru/> 01.12.10)

Der Unabhängigkeitskampf

1775-83	Nordamerikanischer Unabhängigkeitskrieg
1776, 4. Juli	Unabhängigkeits-Erklärung der dreizehn Kolonien
1781	Kapitulation der Engländer in Yorktown
1783	Friede von Versailles: England erkennt die Unabhängigkeit der dreizehn ehemaligen Kolonien an
1787	Verfassung der USA Von Thomas Jefferson entworfen: das Grundgesetz der ersten, modernen Demokratie mit Gewaltenteilung, Repräsentations-Prinzip, Rechtsstaatlichkeit
1789-97	George Washington erster Präsident der USA
1793	Gründung der Bundeshauptstadt Washington

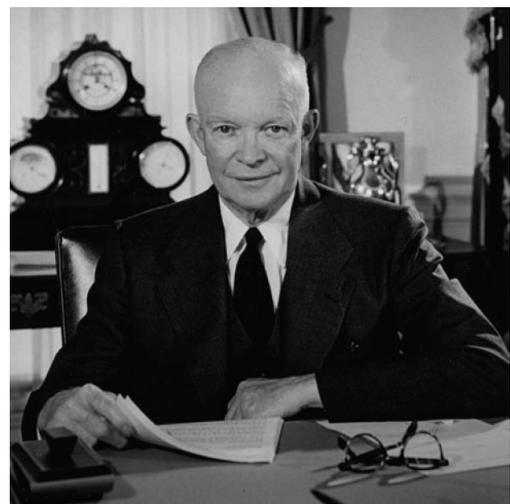


George Washington
(<http://www.solarnavigator.net/> 01.12.10)

- 1951 Frieden von San Francisco mit Japan
- 1947 Pariser Friedensverträge mit Finnland, Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.
- 1947 Truman-Doktrin: Militär- und Wirtschaftshilfe für alle demokratischen Länder zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit gegen kommunistische Umsturzversuche. Abkehr der USA von Monroe-Doktrin und Isolationismus.
- 1947 Marshall-Plan: ERP > "European Recovery Program"
US-Lieferung von Rohstoffen, Waren, Kapital teils als Kredite, teils als Spende. Ablehnung durch die UdSSR.
- 1948 Der 1. Nahost-Krieg: Arabische Staaten greifen das neugegründete Israel an. Israel gewinnt Gebiete hinzu.

Der Kalte Krieg 1947-1961

- seit 1945 "Sowjetisierung" der osteuropäischen "Satellitenstaaten" der UdSSR. (Sowjetimperialismus).
Kommunistische "Volksdemokratien" (als Einparteienherrschaften) in: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Mitteldeutschland.
- seit 1947 Dagegen westliche Politik des "Containments" (Eindämmung der kommunist. Aggression).
- 1948 Londoner Sechs-Mächte-Konferenz: Wirtsch. Anschluss der drei Westzonen Deutschlands an Westeuropa. Protest des "Ostblocks".
- 1948/49 Berlin Blockade (durch die Sowjetarmee).
Durch alliierte Luftbrücke überwunden.
Endgültige Spaltung Berlins in Ost und West.
- 1949 Gründung der "Bundesrepublik Deutschland" (drei Westzonen) und der "Deutschen Demokratischen Republik" (Ostzone)
- 1950-53 Korea-Krieg: US-Truppen verteidigen im Auftrag der UNO das demokratische Südkorea gegen das kommunistische Nordkorea. Im Waffenstillstand von Panmunjom Teilung des Landes.
- 1946-54 1. Indochina-Krieg
- 1949 Gründung der NATO
- 1953, März Tod Stalins.
- 1953-61 Präsident Dwight D. Eisenhower (Republikaner)
- 1953, 17. Juni: Aufstand in der DDR gegen die Kommunisten.
Niedergeschlagen von der Roten Armee.
- 1954, Okt. Pariser Verträge: Die Bundesrepublik tritt der NATO und der WEU bei.
- 1955 Gründung des "Warschauer Pakts"



Dwight D. Eisenhower
(<http://uenomurakami.files.wordpress.com/01.12.10>)

- Achtung der Menschenrechte,
 - Gewährung von Grundfreiheiten.
- 1976, März Präsident Ford vertritt eine "Politik für den Frieden durch Stärke". Ablehnung des Begriffs "Détente".
- 1973, Okt. Nach dem 4. Israelisch-arabischen Krieg Vermittlung der USA mit "Entflechtungs-Abkommen" (1974).
- 1977-80 Präsident **Jimmy Carter** (Demokrat)
- 1977/78 Ägyptens Präsident Anwar el Sadat besucht Israel.
- 1978, Sept. Abkommen von Camp David zwischen Ägypten und Israel durch Vermittlung der USA. (Sadat - Begin - Carter)
- 1979, März Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel.
- 1979, Dez. NATO-Doppelbeschluss: Nachrüstung (bis zum Stand des Ostblocks) bei gleichzeitigem Verhandlungs- und Abrüstungs-Angebot.
- 1982/83 5. Nahostkrieg: "Libanon-Krieg": Einmarsch Israels in den Libanon. Errichtung einer militärischen Sicherheitszone von Israel im Südlibanon.
- 1991, Okt. Nahost-Friedenskonferenz von Madrid (nach Golfkrieg).
Präsident Bush appelliert an Israel: "Land für Frieden" zu geben. (Problem der israelischen Siedlungspolitik)



Jimmy Carter
(<http://www.jahr1977.de/>
01.12.10)

Perestroika und die Auflösung der Machtblöcke

- 1981-88 Präsident Ronald Reagan (Republikaner)
(40. Präsident der USA)
- 1985 Michail Gorbatschow wird neuer Generalsekretär der KPdSU: Beginn von "Perestroika" (Umbau, Umstellung) und "Glasnost" (Etwas der öffentlichen Information und Diskussion Zugängliches) in der Sowjetunion.
- 1985,
19.-21. Nov. Genfer Gipfel: Reagan und Gorbatschow vereinbaren konkrete Schritte zur Abrüstung:
- Abkehr von der Suche nach militär. Überlegenheit
 - Verringerung der Atomwaffen um 50 Prozent
 - Kein Wettrüsten im Weltall
 - Vereinbarungen zur Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen
- 1989 Vollständiger Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan.
- 1989 Präsident George Bush (Republikaner).



Ronald Reagan
(<http://www.science.co.i>
1/ 01.12.10)



Die amerikanische Neutralität 1914-1917

Quellenübersicht:

- A.) Schlagzeilen der "New York Times" beim Kriegsausbruch in Europa 1914
- B.) Redaktioneller Artikel der "New York Times" am 8. September 1914
- C.) Der "Lusitania"-Zwischenfall: 7. Mai 1915
- D.) Das Grey-House-Memorandum vom 22. Februar 1916
- E.) Das Zimmermann-Telegramm (19. Januar 1917)

A.) Schlagzeilen der "New York Times" beim Kriegsausbruch in Europa

2. Aug. 1914:

"Germany declares war on Russia, first shots are fired; France is mobilizing and may be drawn in tomorrow; plans to rescue the 100,000 Americans now in Europe."

3. Aug. 1914:

"Russia invades Germany; Germany invades France, but does not declare war; England's decision today; Belgium menaced, Luxembourg and Switzerland invaded; German marksmen shoot down a French aeroplane."

4. Aug. 1914:

"England will protect French coast and defend Belgium; Germany recalls envoy; hesitates at French frontier; her army seizes Russian town, navy wins a victory; German liner slips out of New York in war paint."

5. Aug. 1914:

"England declares war on Germany; British ship sunk; French ships defeat German, Belgium attacked; 17,000,000 men engaged in great war of eight nations; great English and German navies about to grapple; rival warships off this port as Lusitania sails."

The
New York
Times

Aufgabe:

Vergleichen Sie die Meldungen in der "New York Times" mit dem tatsächlichen Ablauf der Kriegserklärungen nach der Julikrise 1914.

B.) Redaktioneller Artikel der "New York Times" am 8. September 1914

Unsere Antwort an Deutschland.

(...) Die Antwort wurde durch unzählige Stimmen der öffentlichen Meinung gegeben. Wir haben den Deutschen klargemacht, dass nach unserer Auffassung Österreich unvernünftig, hart und herausfordernd in seinen Forderungen gegenüber Serbien war; dass wir tief davon überzeugt sind, dass ihr großer Kaiser (Wilhelm II.) sich eines schweren Vergehens gegen die Zivilisation schuldig gemacht hat, als er die österreichischen Ansprüche und Verhaltensweise (gegenüber Serbien) unterstützte; dass er außerdem schuldig geworden ist, weil er den Friedensvorschlägen von Sir Edward Grey, denen sich Frankreich, Italien und Russland anschlossen, seine Zustimmung verweigert hat; dass es ein abscheuliches Verbrechen war, die deutschen Truppen über die belgische Grenze zu schicken; und dass wir unsere Sympathie und moralische Unterstützung, welche wir Deutschland und Österreich verweigern, freimütig den Alliierten zuteil werden lassen, da Großbritannien, Frankreich und Russland die Waffen ergriffen haben zur Verteidigung von politischen Idealen, welche unsere volle Zustimmung genießen gegenüber den autokratischen und militaristischen Theorien und Vorstellungen, die wir verabscheuen. Dies ist unsere Antwort an Deutschland. Sie drückt die Meinung und Gefühle des ganzen amerikanischen Volkes aus, ausgenommen nur jene wenigen (Deutsch-Amerikaner), deren Urteil dem natürlichen Einfluss ihrer Abstammung unterworfen ist.

Aufgaben:

1. Wie lautet die "Antwort" der N.Y.T. an Deutschland?
2. Entspricht die Berichterstattung der N.Y.T. den Grundsätzen der Neutralität?

C.) Der "Lusitania"-Zwischenfall am 7. Mai 1915

ZUR INFORMATION:

Am 7. Mai 1915 versenkte ein deutsches U-Boot den englischen Liner "Lusitania" vor der Küste Irlands. Der Luxusdampfer war auf dem Weg von New York nach England und hatte viele US-Bürger an Bord. Von ihnen starben 128 (bei insgesamt 1198 Opfern). Die USA schickten eine Protestnote nach Deutschland, das daraufhin den U-Bootkrieg zeitweilig nur noch eingeschränkt führte. Bis heute ungeklärt ist die Frage, ob die "Lusitania" Munition von den USA nach England transportiert hat.

Schlagzeile der "New York Times" vom 8. Mai 1915:

LUSITANIA SUNK BY A SUBMARINE, PROBABLY 1,000 DEAD;
TWICE TORPEDOED OFF IRISH COAST; SINKS IN 15 MINUTES;
AMERICANS ABOARD INCLUDED VANDERBILT AND FROHMAN;
WASHINGTON BELIEVES THAT A GRAVE CRISIS IS AT HAND

D.) Das Grey-House-Memorandum vom 22. Februar 1916

ZUR INFORMATION:

Der britische Außenminister Grey und der amerikanische Sonderbeauftragte von Präs. Wilson, Oberst House, unterzeichneten in London das folgende Memorandum, welches Wilson unter Einfügung des Wortes "probably" billigte.

Das Memorandum wurde von Grey entworfen. Vorausgegangen war ein Besuch von House in Berlin, wo er die Überzeugung gewann, dass Reichskanzler Bethmann Hollweg seinen Kampf mit den deutschen Militärs gegen die deutsche Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges verlieren würde.

Oberst House sagte mir, dass Präsident Wilson darauf warte, von Frankreich und England einen Konferenzvorschlag zu erhalten, um den Krieg zu beenden. Wenn die Alliierten einen solchen Vorschlag annähmen, Deutschland ihn jedoch ablehnen würde, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich in den Krieg gegen Deutschland eintreten.

Oberst House äußerte die Ansicht, dass, falls eine solche Konferenz zusammentreten würde, sie den Frieden wiederherstellen könnte und zwar zu Bedingungen, die für die Alliierten nicht ungünstig wären; falls jedoch der Friede nicht erreicht würde, dann würden die Vereinigten Staaten (Zusatz von Wilson: "wahrscheinlich") die Konferenz als ein Kriegführender auf der Seite der Alliierten verlassen, wenn Deutschland sich unvernünftig verhalte. Oberst House machte entschieden zustimmende Äußerungen zu den Fragen der Wiederherstellung Belgiens, der Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich und des russischen Zugangs zum Meer, obgleich er einräumte, dass man Deutschland seine Gebietsverluste durch Zugeständnisse an Plätzen außerhalb Europas ausgleichen müsse. Falls die Alliierten die Annahme des Vorschlags von Präsident Wilson aufschöben und dann später der Kriegsverlauf für sie so ungünstig wäre, dass ein Eingreifen der Vereinigten Staaten nutzlos bleiben müsste, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich ihr Interesse für Europa aufgeben und sich um ihre eigene Sicherheit auf ihre eigene Weise kümmern.

(in: Ernest R. May, *The Coming of War, 1917*, Berkeley Series in American History, 1963, S. 29)



Edward Mandell House

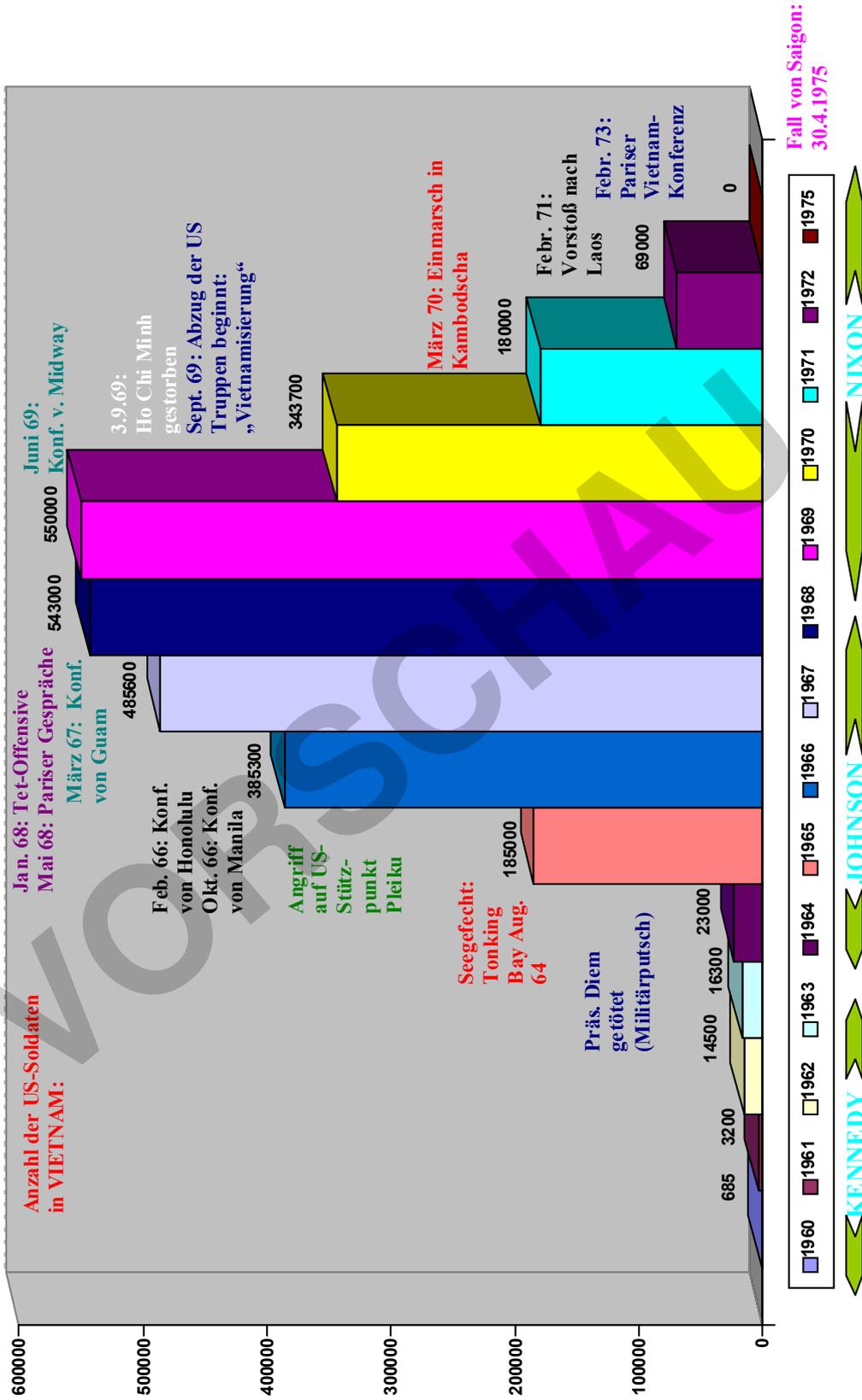
(<http://www.firstworldwar.com/01.12.10>)

Aufgaben:

1. Wie lautet der "Doppelbeschluss" dieses Memorandums?
 - a) Versprechen Englands? b) Versprechen der USA? -
2. Erörtern Sie die politische und militärische Bedeutung des von Präsident Wilson hinzugefügten Wortes "probably".



US-Engagement in Vietnam in Daten und Zahlen ("Eskalation")





Die Terroranschläge des 11. September 2001

11. September 2001



Die qualmenden Türme des World Trade Centers
(<http://de.wikipedia.org/01.12.10>)

Die Anschläge auf die USA am 11. September 2001 stellen einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Vereinigten Staaten dar. Beinahe gleichzeitig hatten 19 al-Qaida-Terroristen vier Passagier-Flugzeuge entführt und auf Ziele in den USA zugesteuert. Um 8:45 schlug eines der Flugzeuge in den nördlichen Turm des World Trade Centers in New York ein. Zunächst ging man dabei noch von einem Unfall aus. Doch spätestens als um 9:05 Ortszeit ein zweites Flugzeug in den Südturm des Gebäudes raste, war für die Sicherheitsbehörden und die Presse offensichtlich geworden, dass es sich um einen terroristischen Anschlag handeln musste.

Schon um 9:39 stürzte das dritte entführte Flugzeug über dem Pentagon in Washington ab und zerstörte Teile des US-Verteidigungsministeriums. Daraufhin wurde der Luftraum über den USA auch für zivile Flugzeuge gesperrt.

Die Türme des World Trade Centers hatten durch die Einschläge der Flugzeuge und den nachfolgenden Brand ihre Stabilität verloren. Um 10:05 fiel in New York der Südturm des World Trade Centers in sich zusammen. Etwa zwanzig Minuten später kollabierte der Nordturm. Unter der Last der Trümmer des World Trade Centers brachen auch zahlreiche angrenzende Gebäude zusammen und hüllten Manhattan in eine Staubwolke. Vor dem Zusammenbrechen der Türme war es noch gelungen, einen Großteil der Menschen aus den Gebäuden zu evakuieren.

Die vierte entführte Maschine stürzte gegen 10:29 in der Nähe der Stadt Pittsburgh auf einem Feld ab. Ihr Ziel war offenbar das Weiße Haus in Washington. Passagiere hatten sich aber gegen die Terroristen und ihre Absichten zur Wehr gesetzt und das Flugzeug wahrscheinlich zum Absturz gebracht.

Bei den Anschlägen vom 11. September starben mehr als 3000 Menschen, mehr als doppelt so viele wurden verletzt.



Die Trümmer des World Trade Centers
(<http://de.wikipedia.org/01.12.10>)

Während mit der Einnahme der Hauptstadt Kabul sowie der Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz die Taliban im Dezember 2001 entmachtet wurden, konnte bin Laden – sollte er tatsächlich noch leben – bis heute nicht gefangen genommen werden.

Trotz des Endes der Taliban-Diktatur und des eingeleiteten Demokratisierungsprozesses ist die Sicherheitslage in Afghanistan bis heute angespannt. Die Soldaten der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe für Afghanistan (ISAF) liefern sich mit den Taliban immer wieder schwere Gefechte. Tote Soldaten und Zivilisten sind immer wieder zu beklagen. Afghanistan ist auch heute noch weit davon entfernt, eine stabile Demokratie zu sein.

Außen- und innenpolitische Maßnahmen der USA

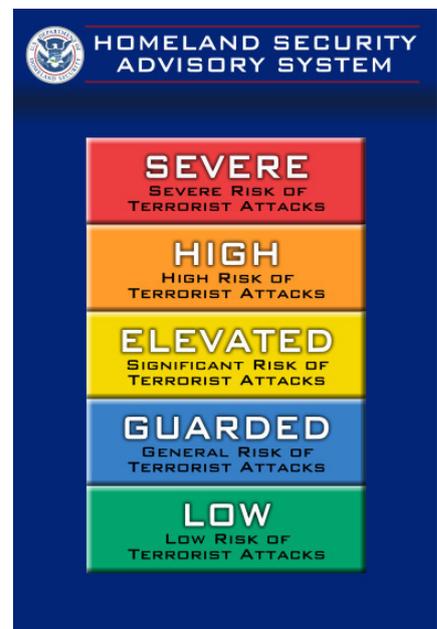


Die Unterzeichnung des USA PATRIOT Acts durch den Präsidenten
(<http://de.wikipedia.org/> 01.12.10)

Die Anschläge des 11. September 2001 führten zu einem grundlegenden Wandel in der amerikanischen Außenpolitik. Präsident George W. Bush verkündete die Basis dieser Neuausrichtung in einer Rede am 20. September 2001 vor beiden Kammern des Kongresses. Er forderte die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, sich dem Krieg gegen den Terror anzuschließen. Staaten, die sich diesem Krieg verweigerten, würden sich unzweifelhaft der Komplizenschaft mit den Terroristen verdächtig machen. „Jede Nation muss sich nun entscheiden: Entweder seid ihr auf unserer Seite oder auf der der Terroristen.“ Bereits ein Jahr später wurde eine *National Security Strategy* verabschiedet, die man auch

als *Bush-Doktrin* bezeichnet. Diese ständig zu ergänzende Sicherheitsstrategie stellte einen amerikanischen Internationalismus in den Mittelpunkt der Bestrebungen. Demnach will die Regierung der USA die neue internationale Ordnung nicht nur hinnehmen, sondern entscheidend gestalten. Im Widerspruch zum geltenden Völkerrecht sieht die Strategie auch die Möglichkeit eines Präventivkrieges vor, mit dessen Hilfe man einem angeblich oder tatsächlich drohenden Angriff eines terroristischen Gegners oder Staates zuvorkommen will. Die Erwägung eines Präventivkrieges führte zu heftiger internationaler Kritik an der US-Regierung.

Auch in der Innenpolitik nahm die US-Regierung im Hinblick auf die innere Sicherheit Änderungen vor. Am 25. Oktober 2001 verabschiedete der Kongress – unter dem Druck der Ereignisse – in einem Bundesgesetz den USA PATRIOT Act. Das Gesetz soll in erster Linie dazu dienen, die Ermittlungen der Bundesbehörden im Fall einer terroristischen Bedrohung zu vereinfachen. Einige Grundrechte wurden dabei entscheidend verändert. Unter anderem ist es nun möglich, Menschen ohne US-amerikanische Staatsbürgerschaft, die unter Terrorismusverdacht stehen, ohne Gerichtsverfahren auf Anweisung für unbestimmte Zeit festzuhalten. Zusätzlich zu diesem Bundesgesetz wurde 2002 das *United States Department of Homeland Security* (Heimatschutzministerium) eingerichtet, dem die Aufgabe zufällt, die amerikanische Bevölkerung und die Staatsgebiete vor terroristischen und anderen Bedrohungen zu schützen.



Die von der Homeland Security ausgesprochenen Warnstufen
(<http://de.wikipedia.org/> 01.12.10)



Die Terroranschläge des 11. September 2001

Aufgaben:

1. Überlegen Sie, warum sich die Terroristen diese Ziele in den USA für ihre Anschläge ausgesucht haben.
2. Erklären Sie, warum die Terroranschläge die USA in besonderem Maße getroffen haben.
3. Erläutern Sie den Unterschied zwischen Internationalismus und Isolationismus der USA.
4. Informieren Sie sich über die Folgen eines Bündnisfalls für die Mitgliedsstaaten der NATO.
5. Überlegen Sie, warum die Erwägung eines Präventivkriegs durch die USA problematisch sein kann.

6. Ein Abgeordneter des Senats stimmte gegen den USA PATRIOT Act. Er hatte schwerwiegende Bedenken:

„Nur der demokratische Senatsabgeordnete Russell Feingold hatte offenbar den Mut, trotz des enormen Drucks Kritik zu äußern. Er warnte davor, dass man den Krieg gegen den Terrorismus *ohne einen Schuss abzufeuern* verlieren werde, *wenn wir die Freiheiten der amerikanischen Bürger opfern*.

(<http://www.heise.de/> 02.12.10)

Erläutern Sie die Aussage des demokratischen Senators.

7. Bereits nach einer Reihe von Anschlägen in den 1990er Jahren hatte sich Osama bin Laden zum Hintergrund und der Motivation für die Anschläge geäußert:

„Was Amerika jetzt erfährt, ist unbedeutend im Vergleich zu dem, was wir seit etlichen Jahren erfahren. Unsere Gemeinschaft erfährt diese Erniedrigung und diese Entwürdigung seit mehr als 80 Jahren. Ihre Söhne werden getötet, ihr Blut wird vergossen, ihre Heiligtümer werden angegriffen und niemand hört es und niemand nimmt Notiz. (...) Während ich spreche, werden Millionen unschuldiger Kinder getötet. Sie werden in Irak getötet, ohne Sünden zu begehen, und wir hören keine Verurteilungen oder eine Fatwa von der Führung. Dieser Tage suchen israelische Panzer Palästina heim – in Dschenin, Ramallah, Rafah, Beit Dschalla und an anderen Orten im Land des Islams – und wir hören niemanden, der seine Stimme erhebt oder sich einen Schritt bewegt. (...)“

(<http://www.uni-protokolle.de/> 02.12.10)

Welche Gründe nennt bin Laden für sein Vorgehen? Erscheint Ihnen seine Begründung plausibel?



Der Krieg im Irak 2003

Die politische Vorgeschichte



Ein Inspekteur der UN bei Kontrollen im Irak
(<http://upload.wikimedia.org/06.12.10>)

Der Irak rückte nach dem Ersten Golfkrieg 1990/91, in dessen Folge man den irakischen Diktator Saddam Hussein im Amt belassen hatte, erst aufgrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 wieder in den Mittelpunkt der US-Außenpolitik. Der amerikanische Präsident George W. Bush hatte sich nach seiner Wahl zunächst der Innenpolitik zugewandt, um dann eine auf Konfrontation ausgerichtete Außenpolitik umzusetzen. Zudem hatte sich der Irak den Unmut der US-Regierung zugezogen, da er sich als einziges Mitgliedsland der Vereinten Nationen der Verurteilung der Anschläge nicht angeschlossen

hatte.

Im Zuge des Krieges der USA gegen den Terrorismus verdächtigte man den Irak der bewussten Gefährdung der internationalen Sicherheit. Angeblich sollte der Irak über Massenvernichtungswaffen (biologische und chemische Kampfmittel) verfügen sowie aktiv das Terrornetzwerk al-Qaida unterstützen. Allerdings durchsuchten UN-Waffeninspektoren den Irak monatelang aufgrund der UN-Resolution 1441 ohne Ergebnis nach Massenvernichtungswaffen.

Als abzusehen war, dass die von den USA für ihre Verdächtigungen angeführten Beweise für eine völkerrechtliche Rechtfertigung einer Invasion durch die Vereinten Nationen nicht ausreichen würden, entschloss man sich dazu, einen eigenen Weg einzuschlagen. Die US-Regierung begann damit, eine *Koalition der Willigen* zu bilden, die einer Invasion möglichst viel internationale Akzeptanz verschaffen sollte. Charakteristisch für die Staaten, die sich dieser Koalition anschlossen, war entweder ihre traditionelle Bindung an die USA oder zumindest eine konservative Orientierung in der Außenpolitik. Mit dem Anwachsen der Koalition wurden auch die Pläne der USA für ein militärisches Vorgehen konkreter. Der Invasion ging eine weltweite Diskussion über deren Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit voraus. Viele Verbündete der USA sprachen sich gegen eine Beteiligung aus. In der Öffentlichkeit der meisten europäischen Staaten wurde eine mehrheitliche Ablehnung des Krieges ermittelt.

Als Hauptgründe für das militärische Vorgehen gegen den Irak führte der amerikanische Verteidigungsminister vor dem UN-Sicherheitsrat an, dass der irakische Diktator Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge und dass er zweifelsfrei in die Anschläge vom 11. September verwickelt gewesen sei. Mittlerweile haben sich beide Behauptungen als falsch erwiesen und der ehemalige amerikanische Präsident George W. Bush hat dies auch öffentlich zugegeben.



Verteidigungsminister Colin Powell präsentiert vor dem Sicherheitsrat der UN angebliche Beweise.
(<http://en.wikipedia.org/06.12.10>)



Der Krieg in Afghanistan seit 2001

Bündnis gegen den Terror



Szenen aus dem Krieg in Afghanistan
(<http://en.wikipedia.org/04.12.10>)

Im Anschluss an die Anschläge des 11. September 2001 forderten die USA vom in Afghanistan regierenden Taliban-Regime die Auslieferung Osama bin Ladens. Erwartungsgemäß lehnte das Regime dessen Auslieferung ab. Daraufhin begannen die USA mit britischer Unterstützung am 7. Oktober 2001 mit Luftangriffen auf Afghanistan. Zeitgleich rückte aus dem Norden des Landes die oppositionelle Nordallianz – ein Zweckbündnis verschiedener afghanischer Interessengruppen, das sich seit Jahren im Kampf gegen die Taliban befand – mit ihren Truppen vor.

In den Wochen vor dem Beginn der militärischen Operation war es den USA gelungen, eine umfassende außenpolitische Allianz gegen den Terror zu bilden. Die NATO hatte den Bündnisfall für ihre Mitgliedsstaaten ausgerufen. Selbst Russland konnte als politischer Bündnispartner gewonnen werden. Das an Afghanistan grenzende Pakistan gestattete die Nutzung seines Luftraumes und machte Geheimdiensterkenntnisse zugänglich. Die deutsche Bundesregierung hatte den USA bereits nach den Anschlägen vom 11. September ihre *uneingeschränkte Solidarität* zugesichert und im November und Dezember 2001 auch die Bereitstellung deutscher Streitkräfte beschlossen. Am 16. November gab der Bundestag seine Zustimmung zum *Anti-Terror-Einsatz* der Bundeswehr.

In den Wochen vor dem Beginn der militärischen Operation war es den USA

Das militärische Vorgehen

Das militärische Vorgehen gegen die Taliban erwies sich rasch als erfolgreich. Am 9. November 2001 eroberte die Nordallianz die wichtige Stadt Mazar-i-Sharif, am 13. November auch die Hauptstadt Kabul. Den USA und ihren Verbündeten gelang es jedoch nicht, Osama bin Laden zu stellen und gefangen zu nehmen. Am 8. Dezember 2001 fiel die letzte Taliban-Hochburg Kandahar. Die Taliban und versprengte al-Qaida-Kämpfer zogen sich in das unwegsame pakistanisch-afghanische Grenzgebiet zurück. Im Dezember 2001 bombardierten die USA die Bergfestung Tora Bora bei Jalabad, wo Osama bin Laden vermutet wurde. Dieser entkam jedoch höchstwahrscheinlich. Bis heute konnte nicht zweifelsfrei geklärt werden, ob bin Laden noch am Leben ist.



Luftangriffe auf Tora Bora
(<http://en.wikipedia.org/04.12.10>)

Im November und Dezember 2001 fanden auf dem Petersberg bei Bonn unter Leitung der UN Gespräche über die politische Zukunft Afghanistans statt. Daran beteiligten sich neben der Nordallianz auch afghanische Exilgruppen, die Widerstand gegen die Taliban geleistet hatten. Zu



Der Krieg in Afghanistan seit 2001

Aufgaben:

1. Nennen Sie die Vorteile einer internationalen Allianz für den Kampf gegen den Terrorismus.

2. Q1 Aus einem politischen Blog zur Bewertung des militärischen Vorgehens in Afghanistan:

„Wenn über 100000 Soldaten mit militärischen Mitteln in einem fernen Land gegen meist einheimische Widerstandskämpfer vorgehen und dabei auf beiden Seiten und bei der Zivilbevölkerung ein hoher Blutzoll entrichtet wird, so ist dies Krieg – Punkt. Ob dieser Begriff völkerrechtlich zutreffend ist oder nicht, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Es ist jedoch vollkommen irrelevant, ob man das fröhliche Morden und Ermordet-Werden am Hindukusch als ‚bewaffnete Aufbauhilfe gegen den Willen eines Teils der Bevölkerung‘ oder als ‚umgangssprachlichen Krieg‘ bezeichnet.“

(<http://blog.politik.de/> 04.12.10)

Im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird immer wieder von Friedenssicherung gesprochen. Halten Sie diese Bezeichnung des Einsatzes für gerechtfertigt?

3. Q2 Aus dem Blog der Tagesschau zur aktuellen Lage in Afghanistan:

„Der Afghanistan-Einsatz war von Anfang an ein großer Selbstbetrug – vielleicht war es sogar ein Betrug an der deutschen Bevölkerung, der man weismachen wollte, es gehe nur ums Brückenbauen und Brunnenbohren. Tatsächlich hat es die Bundeswehr am Hindukusch aber immer häufiger mit einem militärisch präzise operierenden Gegner zu tun. Die Kämpfer der Taliban (oder wie auch immer man die Aufständischen nennen mag) haben 30 Jahre Erfahrung im Guerilla-Krieg, sie kennen das Terrain und haben keine Hemmungen, Zivilisten als Schutzschilde zu missbrauchen. Einen solchen Konflikt kann niemand militärisch gewinnen – egal, mit welcher Ausrüstung.“

(<http://blog.tagesschau.de/> 04.12.10)

Beschreiben Sie die momentane Lage in Afghanistan und überlegen Sie, ob es weiterhin sinnvoll scheint, Afghanistan militärisch zu befrieden.

4. Sammeln Sie Informationen zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

5. Auszug aus Art. 3 der Genfer Konventionen vom 12. August 1949:

„Im Falle eines bewaffneten Konflikts, der keinen internationalen Charakter aufweist und der auf dem Gebiet einer der Hohen Vertragsparteien entsteht, ist jede der am Konflikt beteiligten Parteien gehalten, wenigstens die folgenden Bestimmungen anzuwenden:

1. Personen, die nicht direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen, einschließlich der Mitglieder der bewaffneten Streitkräfte, welche die Waffen gestreckt haben, und der Personen, die infolge Krankheit, Verwundung, Gefangennahme oder irgendeiner anderen Ursache außer Kampf gesetzt wurden, sollen unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt werden, ohne jede Benachteiligung aus Gründen der Rasse, der Farbe, der Religion oder des Glaubens, Geschlechts, der Geburt oder des Vermögens oder aus irgendeinem ähnlichen Grunde. Zu diesem Zwecke sind und bleiben in Bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und jedenorts verboten: a. Angriffe auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung; b. die Gefangennahme von Geiseln; c. Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung; d. Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordnungsmäßig bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet. (...)⁶⁴

(<http://www.admin.ch/04.12.10>)

Nennen Sie die Bestimmungen, gegen die die USA mit ihrem Umgang mit den Gefangenen in Guantánamo verstoßen. Wie versucht man das Vorgehen zu begründen?

6. Überlegen Sie, welche Folgen sich aus der offensichtlichen Verletzung der Menschenrechte im Umgang mit den Inhaftierten für die USA ergeben könnten.

7. Können Sie die Bedenken der Hinterbliebenen der Opfer der Anschläge in New York nachvollziehen?